

**Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Badischer Beobachter. 1863-1935  
1910**

9 (13.1.1910) 2. Blatt





Zentrum keine Gegner in den Versammlungen zum Worte kommen lassen. (Oho!) Wir haben nicht nötig gehabt, einen solchen Waldmichel, mit solchen Jammerlappen zu schreiben, wie sie das Zentrum aus dem Odenwald angeführt hat. Das war eine verlogene Sache!

Auf der Ministerkonferenz hätten die Minister auch sich von der Wichtigkeit und Bedeutung der freien Gewerkschaften überzeugen können. Die staatsbürglerlichen Rechte der Beamten dürfen nicht angefochten werden. Wenn die Außerungen Rödels zu einer Disziplinaruntersuchung geführt haben, so ist das sehr bedauerlich. Doch dabei der Aufläger auch Richter ist, ist ein Unding in unserer Zeit. Redner wünscht einen Disziplinargerichtshof für die unteren Beamten. Der Budgetpräsident hat gestern erfreulicher Weise die Entwicklung des Sozialismus, die Bewegung, die immer mehr Aufgaben an den Staat übergeben, hervorgehoben. Dieser Tatsache darf man die Augen nicht verschließen.

Auf die badische Politik eingehend, sagt Redner. Dr. Behnert habe sich beklagt, daß die Wahlen nicht nach badischen Gesichtspunkten gemacht würden. Auch wenn die Reichsfinanzreform nicht geflossen wäre, hätten die Nationalliberalen Stände gehabt. Die Aera der Nationalliberalen, sagt Behnert, sei vorbei. Die Aera des Zentrums ist schon vorher vorbei. (Dr. Behnert: Wir haben noch gar keine Aera gehabt.) Sie werden auch keine bekommen, dafür werden wir sorgen. Der Reichsbund soll nur kommen und recht bestimmt. Das Wort von der christlichen Weltanschauung verläßt nicht. Die Nationalliberalen hätten den roten Stimmzettel salafähig gemacht. Auf diesem Wege sind die Zentrumsteile mit dem guten Beispiel vorangegangen. Die Hochzeitsfahne ist von Zentrumsteilern angezündet worden. Redner verleiht ein Blatt aus einer Broschüre Waders, wonach dem Wähler das Wahlrecht freistehet. (Dr. Behnert: Das Recht des einzelnen Wählers ist frei.) Mit solcher Kaususität dürfen Sie mir nicht kommen.

Des weiteren kritisiert Redner den Wahlartikel der „Karlsruher Zeitung“, der wieder der Angst vor der Sozialdemokratie entsprang. Ein weitwichtiger Staatsmann müßte sich darüber klar sein, daß die Sozialdemokratie einmal da ist und daß man mit ihr rechnen muß und daß man diese wachsende Macht für das Staatswohl nutzbar machen muß. Der Artikel der Regierung nützte nichts mehr. Zwei Tage später war der Großblock beiderseitig. Auch Afademiter schließen sich der Sozialdemokratie an und noch mehr, wenn das Afademiterleben noch größer ist. Dr. Behnert hat von Marx und der Verelendungstheorie gesprochen. Daraus habe ich ihm gesagt, er habe Marx noch gar nicht gelesen. Darauf folgte Dr. Behnert, er habe Marx gelesen. Er habe vielleicht eine größere sozialistische Bibliothek als ich. Der „Bad. Post“ macht daran, ich sei zugedeckt worden. Es mag sein, daß der Afademitter Behnert eine größere Bibliothek hat als ich. Ob er aber Marx gelesen und verstanden hat? (Heiterkeit.) Redner plätschert in dritter Weise in Marxischer Auffassung, wobei er immer behauptet, Dr. Behnert habe sich geträumt. Des weiteren führt er ein Werk eines katholischen Geistlichen Hoffoss „Marx, eine Apologie des Christentums“ an. (Dr. Behnert: Halten Sie damit die Sache für erledigt?) Nein. Aber ich will zeigen, daß man guter Katholik sein und doch nicht an die „atheistischen Lebzeiten“ Marx glauben kann. Ich befürchte mich nicht zum philologischen Materialismus; ich sage das offen, auch wenn es meinen Freunden nicht angenehm ist. Christentum und individuallistische Wirtschaftsordnung sind nicht un trennbar verbunden. Die katholische Religion kann sich anpassen der Monarchie, der Republik und sie wird sich auch anpassen der Sozialdemokratie und sie werden dann, wenn gutes geleistet ist, nach dem alten Schlagwort der Geistlichen wieder jagen, das haben wir gemacht. Die Sozialpolitik hat das Anwachsen der Sozialdemokratie verhindert und ihre Arbeit. Was wir an Sozialpolitik haben, verdanken wir der aufklärenden Arbeit der Sozialdemokratie. Wenn Dr. Behnert gestern gesagt hat, die Geister müssen sich scheiden, so ist das auch unsere Meinung. Die Wehrheit werden Sie nicht bekommen. Das war der Fehler der Nationalliberalen, daß sie dem Zentrum bei jeder Gelegenheit die Rasse trübten. Der sozialistische Staat kommt noch nicht. Wenn liberale und demokratische Politik getrieben wird, da sind wir dabei. Wenn Sie uns da entgegentreten wollen, wir sind bereit. (Beifall auf den Linken.)

Abg. König (nach) schließt sich den Worten für den Finanzminister an. Der Finanzminister habe gesagt, das badische Volk müsse die Lasten tragen. Das kann es aber nur, wenn es von Seelen bereit wird, die seine Entwicklung hindern, die Reichsfinanzreform und Schiffsabgaben. Nichts ist unverträglicher in unserem Staatshaushalt, als wenn ein Wirtschaftsverhältnis zwischen Soll und Haben eintritt. Wir müssen den Ausgleich suchen. Mit der Vereinigung ist nichts getan, daß die Volksvertreter nur Ausgaben machen können, aber keine Einnahmen schaffen. Wir sehen rücksichtliche Staatsaufgaben trotz hoher Ausgaben; es kommt auf die Art an, wie die Ausgaben verwendet werden. An erster Linie steht die Volkschule. In der Presse stand, daß die Abgeordneten mit vielen Versprechungen in den Landtag kamen und in der zweiten Periode wieder große Versprechungen machen im Hinblick auf die kommenden Wahlen. Nichts falscher als das!

Ein Staatsweisen kam ohne indirekte Steuern nicht bestehen. Das sollte auch die Sozialdemokratie, auf deren gutes Willen ich nicht zweifle, bedenken. Redner führt die indirekten Steuern anderer Länder an. Wenn Sie prinzipiell diese Steuern ablehnen, so müssen wir die direkten Steuern heranziehen. Das ist in einem so kleinen Staat wie Baden, wo wir so schon an der Spitze mit den Steuern marschieren, sehr gefährlich. Die kulturellen Aufgaben würden darunter leiden. Auch im Reiche amstelle der indirekten, direkte Steuern zu setzen, das würde den Einzelstaaten das finanzielle Rückgrat brennen. Die Reichsfinanzreform gefällt uns nicht. Sie hat uns zwar eine enorme Entlastung gebracht. Baden hat aber einen Anteil an der Erbschaftsteuer von einem Drittel, von 1911 ab aber nur von einem Viertel. Wäre die Erbschaftsteuer im ganzen angenommen worden, so hätten wir Deckung für unsere Matrikelbeiträge. Redner fragt, was die Regierung mit der Erbschaftsteuer machen wolle. Schädlich seien

die Steuern, die den Berufen hemmen. Hand in Hand damit ist auch die Behandlung der Börse eingetreten, so daß das Geld in das Ausland geht.

Die Erfahrung hat in sollem bei allen sozialen Rücksichten auf die einzelnen Landesteile ein Institutien, das wirtschaftliche Vorteile bringt, nicht aber aus allgemeinen Staatsmitteln alimentiert wird. Zu welcher Weise das Wirtschaftsverhältnis bestreitet wird, ist Sache der Spezialberatung. Wenn es aber nicht anders geht, wird der Tarif erhöht werden müssen. Wer fährt, soll auch bezahlen. Wir hatten zur Zeit des Klimometerhefts geringere Einnahmen als andere Staaten. Das Klimometerheft ist also nicht der Wert erzeuger. Wenn die süddeutschen Staaten sich vereinten, das ist der Gedanke, dann sollen sie mit Preußen verhandeln, um günstigere Bedingungen für sich zu erringen, als dies den eingerungen möglich wäre. Daburch, daß wir in einem Vertragsverhältnis eintreten, werden wir freilich in vielen Punkten unsere Selbständigkeit aufzugeben müssen.

Der Abg. Dr. Behnert hat gemeint, es wäre besser, wenn die 4 Millionen Zuschüsse zur Eisenbahnschuldenabtlung statt für Nebenbahnen verwendet würden. Ein guter Gedanke, allein es werden in jeder Budgetperiode schon 5 Millionen für diesen Zweck ausgeworfen. Eindruck haben auf mich die Darlegungen des Finanzministers gemacht, daß das rollende Material nicht auf Anlehen genommen werden soll.

Die Befreiungssteuern sollten auch Privaten überlassen werden, die sie vielfach besser ausnutzen können als der Staat.

Es gibt ungesehnes Schuldenmachen und ungesehnes Sparen. Es sollen Anteile gemacht werden, um für wichtige Zwecke Geld zur Verfügung zu haben. Wenn man sagt, man mache überhaupt keine Schulden und stellt Kulturaufgaben zurück, so verwirkt man schlecht. Redner schließt sich Kolb an bezüglich der Anteile für Positionen des Extraordinariums.

Ich kann nicht leugnen, daß die Ausführungen des Finanzministers über die Sparpolitik großen Eindruck auf mich gemacht haben. Ich habe aber einen warmen, wohlbewilligten Ton für die Beamten vertritt. Namentlich den Beamtenjähnchen ist die Gründung einer eigenen Existenz wegen des Mangels an Kapital nicht möglich. Redner Wendet sich gegen die Worte des Ministers über die Bequemlichkeit der Beamten. Er kennt viele Beamten, die ihre volle Pflicht tun und die im Staatsdienst den vornehmen Dienst leisten. Die Worte klangen im allgemeinen zu hart. Es kommen auf 100 Einwohner ein etatmäßiger Beamter, das ist entzündend zuviel. Ich bin nicht der Ansicht, daß man für einzelne Kategorien und Beamte Abzüge mache, das nicht nicht viel, erzeugt aber viel Unzufriedenheit. Man kann großzügig verschenken, aber sparen muß man im kleinen, hat der Minister gesagt. Wir meinen, mit vertretbarem Sparen treibt man Verschwendungen mit dem Vertrauen der Beamten.

Wir werden die Einreichung der Lehrer in den Gehaltstarif, Revision des Vermögenssteuergegesetzes beantragen und erwarten ein Gesetz betr. die Verwaltungsreform.

Wir sind keine Regierungspartei; wir sind auch nicht da, um Parteidienste zu machen. Die Regierung hat an den Wahlen nur mit einer Ermachung sich beteiligt, daß man unter keinen Umständen mit der Sozialdemokratie zusammen gehen kann. Wie konnte die Regierung der Ansicht sein, daß wir mit dem Zentrum zusammengehen, das die Parole ausgegeben: Nieder mit den Nationalliberalen, das mit den Konservativen sich verbündet, die jüngere Anträge im Reichstag niedergestellt haben? Die Regierung kann sich nicht auf die Geschäftsführung des Landes beschränken, sie muß ein Programm haben; dann wissen wir, woran wir sind. Ich bringe den Vertretern der Regierung das höchste Maß von Hochachtung entgegen. Auf die Dauer wird jedes Land so regiert, wie es das selbst verdient. Nun zu den Parteien. Dr. Behnert hat gesagt, daß man es nicht verstehen könne, daß die Nationalliberalen wie die Sozialdemokratie in Gehe gebracht haben. Ich erwarte Beweise.

Der Großblock ist ein taktisches Bündnis. Er ist ein Gebilde aus dem Volke heraus, nicht gegen Sie, nur zur Verteidigung der liberalen Errungenschaften, die in Gefahr stehen, wenn Sie vorrücken. Sie sollen diese Macht nicht haben! Februar hat im Reichstag gesagt, daß die badischen Nationalliberalen die kulturfächerliche Partei sei. Einzelne Fälle mögen vorgekommen sein, die dieses Urteil rechtifizieren, allgemein aber niemals! Heute und morgen gibts keinen Kulturmampf.

Dr. Behnert hat die Linie als atheistisch, die Rechte als christlich hingestellt. Wer solche unerwähnte Dinge behauptet, läuft Gefahr, daß seine Worte den Wert verlieren. (Präsident: Wenn Sie Dr. Behnert Unwahrheit vorwerfen, muß ich das rügen.) Ich wollte Dr. Behnert nur einen guten Rat geben. Dr. Behnert hat von dem Germanen gesprochen, schöne Worte, aber hinter dem Germanen steht der Romane und das bekämpfen wir. Sie geben keine Freiheit! (Wo?)

Bei der Präsidentenfrage hatte das Zentrum die Freiheit ins Präsidium zu kommen. Es ist eine Gewohnheit, aber kein Recht, daß die größte Partei den Präsidenten stellt. Das Volk hat gesprochen und so haben wir einen liberalen Präsidenten. Das Präsidium ist nicht vom Großherzog empfangen worden. (Dr. Behnert: Doch!) Nein, das Präsidium hat sich lediglich eingeschaut.

Die ersten Sozialdemokratien haben ihren Fuß in dieses Rondele gelegt durch Hilfe des Zentrums. Es sagt nicht, hier steht ich und kann nicht anders, sondern hier steht ich und kann auch anders. (Heiterkeit.)

Wir sind und bleiben eine monarchische Partei. Die Sozialdemokratie ist eine revolutionäre Partei. Die revolutionären Programmnummern läßt sie steigen an Festtagen, an den Werktagen fehlt sie zur positiven Arbeit zurück. Ich muß ihr das Zeugnis geben, daß sie viele positive Arbeit geleistet, daß viele fleißige Kräfte in ihr sind, daß diese Bewegung eine wunderbare ist, die man zwar bekämpfen, aber nicht ignorieren kann. Es ist eine vornehme Aufgabe, diesen Leuten die Hand zu reichen. Sie haben Anspruch auf staatsrechtliche Anerkennung. Auch der Erbschaftsteuer im ganzen angenommen worden, so hätten wir Deckung für unsere Matrikelbeiträge. Redner fragt, was die Regierung mit der Erbschaftsteuer machen wolle. Schädlich seien

die Steuern, die den Berufen hemmen. Hand in Hand damit ist auch die Behandlung der Börse eingetreten, so daß das Geld in das Ausland geht. Die Erfahrung hat in sollem bei allen sozialen Rücksichten auf die einzelnen Landesteile ein Institutien, das wirtschaftliche Vorteile bringt, nicht aber aus allgemeinen Staatsmitteln alimentiert wird.

Zur weiteren Frage des Klimometerhefts bestreitet wird, ist Sache der Spezialberatung. Wenn es aber nicht anders geht, wird der Tarif erhöht werden müssen. Wer fährt, soll auch bezahlen. Wir hatten zur Zeit des Klimometerhefts geringere Einnahmen als andere Staaten. Das Klimometerheft ist also nicht der Wert erzeuger.

Wenn die süddeutschen Staaten sich vereinten, dann sollen sie mit Preußen verhandeln, um günstigere Bedingungen für sich zu erringen, als dies den eingerungen möglich wäre. Daburch, daß wir in einem Vertragsverhältnis eintreten, werden wir freilich in vielen Punkten unsere Selbständigkeit aufzugeben müssen.

Wie sind der Meinung, daß der Liberalismus weitauß nicht die Bedeutung hat, die ihm zukommt, deshalb gehen wir mit den Linksliberalen zusammen. Die Konseriativen müssen wir bekämpfen, weil sie sich mit dem Zentrum verbündet haben und mit ihm gehen. Soweit sie nicht mit ihm gehen, ist das anders. (Heiterkeit im Zentrum.)

Die nationalliberale Aera sei vorbei. Wir wollen die nächsten Wahlen abwarten. Im Zentrum hat es größere Verluste gegeben als bei uns. Es hat im Zentrum gekracht, während bei uns Geschlossenheit vorhanden war. (Heiterkeit im Zentrum.)

Wir werden zusammenarbeiten. Wir reichen jedem die Hand, der für das Wohl des Landes arbeiten will. Keine Partei ist allein im Besitz der Wahrheit und keines allein im Besitz des Irrtums. (Beifall links.)

Staatsminister v. Dusch: Ich habe den Eindruck, daß die geistige Rede des Finanzministers tiefe Eindrücke auf das Haus gemacht hat. Er halte es für angemessen, daß auch die Regierung nachdem die Redner der drei großen Parteien gesprochen, sich zur allgemeinen Politik äußere. In ersterlinigem Gegenwart zu dem, was man unter den Leidenschaften des Wahlkampfes erwartet musste, haben sich die Erörterungen in verhältnismäßig ruhigen Bahnen bewegt und ich kann mit Genugtuung feststellen, daß gestern und heute nur gemäßigte Angriffe gegen die Regierung erhoben worden sind. Wir sind bestrebt, dem Wohl des Ganzen unparteiisch zu dienen.

Es liegt freilich dabei leicht nahe, daß man die Regierung der Schwäche und Nachgiebigkeit zeicht. Man wirft uns vor, daß wir nachgiebig seien. Ich kann nicht leugnen, daß auch die Regierung nach dem Punkt wär, der im Zentrum abgewandt ist, was der Abg. Behnert heute nicht erwähnt. Eine vollständige Klarheit haben wir aber heute noch nicht. Ein rein taktisches Zusammensehen soll es sein. Ein nationalliberale Redner hat aber ja viele warme Lieder angeklungen für die Sozialdemokratie, daß man glauben könnte, daß so eine Art Mittelding zwischen wahlaktivistisch und politisch Bündnis vorhanden sei. Wenn es an erste und verantwortungsvolle Arbeit geht, dann werden die Nationalliberalen und Linksliberalen doch wieder darauf angewiesen sein, mit mit dem Zentrum zu verhandeln; er erwähnt nur die Biersteuer. Das wäre ein Fall gewesen, wo der Großblock hätte zeigen können, daß er gemeinschaftlich handeln kann. (Sehr richtig!) Es sind in der Sozialdemokratie gute Kräfte vorhanden: die guten Wille haben: der Abg. Kolb, der soeben den Saal verlassen hat. Ich kann mich aber nicht überzeugen, daß er die entscheidende Führung einmal zeigt, daß sie in einem wichtigen Punkt von ihrem Programm abweicht, kann die nationalliberale Partei von einem politischen Bündnis mit der Sozialdemokratie sprechen. Der Minister zierte dann die Parteitag in Nürnberg, Dresden und Leipzig. In einer Resolution habe sich die Partei als revolutionäre Partei bekannt, in einer anderen den Liberalismus als eine fortlaufende Kette von Arbeiterversetzen gezeichnet. So lange die Herren in unserem Landtag gesetzt sind durch solche Grundsätze, kann der gute Wille nicht zum Durchbruch kommen. So lange sich diese Partei zu solchen Grundlagen bekennt, ist sie eine revolutionäre Partei.

Die Sache, die Dr. Behnert zwischen der Rechten und Linken mit Bezug auf die christliche Weltanschauung gezeigt, ist nicht richtig. Man sollte damit nicht operieren. Auch die Regierung gehört nicht zum Zentrum. So darf der Streit nicht gezogen werden. Es sind noch andere Männer da, die andere Richtung sind. Durch die Macht der Tatsachen werden sie wieder zur Arbeit zusammengeführt werden. Ich brauche nur zu nennen das Schulgesetz und die Gemeindeordnung. Ein Schulgesetz, das der Sozialdemokratie angenehm wäre, werden Sie nicht annehmen können: ebenso wenig wie die Gemeindeordnung, die der Sozialdemokratie angenehm ist. Das führt in keiner Weise aus, daß sich die Sozialdemokratie an der Arbeit beteiligen. Allein wenn es zum Klappen kommt, wenn es gilt, dem Staat Geldmittel zu bewilligen, dann verzagen die Herren.

Den Optimismus Kolbs über unsere Staatsfinanzen kann ich nicht teilen. Beziiglich der Anlehnungspolitik kann ich nur dem Abg. Behnert zustimmen. Ich kann meiner Genugtuung Ausdruck geben, daß der Budgetpräsident und Abg. König einer Anlehnungspolitik nur in bescheidinem Maße das Wort reden.

Beim Kilometerheft haben wir von 1902 bis 1906 eingenommen 6,7 bis 9,2 Millionen. Hätten wir den Kilometerheft noch, so hätten wir noch weniger Eisenbahnneinahmen. Die Klasse 3b ist in der Wirklichkeit eine 4. Klasse. Wenn wir übergeben zu einer Steigerung der Fahrtpreise, so müssen wir für die 3. Klasse über 2 Pf. Steuer bezahlen. Württemberg konnte die 4. Klasse auf 2,3 Pf. erhöhen, weil die 4. Klasse steuerfrei ist. Württemberg nimmt zurzeit 1½ Millionen mehr ein.

Dr. Behnert wünscht Mittel aus dem allgemeinen Staatshaushalt für die Nebenbahnen. Das wäre eine weitere Erhöhung der Eisenbahnchuld. Was die Anlehnungspolitik kann ich nur dem Abg. Behnert zustimmen. Ich kann meiner Genugtuung Ausdruck geben, daß der Budgetpräsident und Abg. König einer Anlehnungspolitik nur in bescheidinem Maße das Wort reden.

Auf eine Auflösung des Reichstags kommt also nicht reflektiert werden.

Nun zum Verhältnis der Regierung zu den Parteien! Unter dem, was der Abg. Dr. Behnert gesagt hat, ist viel, dem ich sachlich beitreten kann; eine bestimmte Erklärung der Regierung gegenüber mir in seinen Worten nicht enthalten. Ich möchte nicht provozieren, daß diese Erklärung erfolgt; in einem Punkt wäre sie erlaubt: bei der Brautsteuer. Behnert hat gesagt, daß durch sie ein großer Teil des Defizits gedeckt wäre. Er möchte an das Zentrum die Bitte richten, zur Löschung dieser Frage rasch heranzutreten. Er sei überzeugt, daß man auch im Zentrum die Überzeugung habe, daß diese Frage endlich zur Lösung kommen muß.

Unterstantant ist der Abg. Behnert. Unter dem, was der Abg. Dr. Behnert gesagt hat, ist viel, dem ich sachlich beitreten kann; eine bestimmte Erklärung der Regierung gegenüber mir in seinen Worten nicht enthalten. Ich möchte nicht provozieren, daß diese Erklärung erfolgt; in einem Punkt wäre sie erlaubt: bei der Brautsteuer. Behnert hat gesagt, daß durch sie ein großer Teil des Defizits gedeckt wäre. Er möchte an das Zentrum die Bitte richten, zur Löschung dieser Frage rasch heranzutreten. Er sei überzeugt, daß man auch im Zentrum die Überzeugung habe, daß diese Frage endlich zur Lösung kommen muß.

Um eine Auflösung des Reichstags kommt also nicht reflektiert werden.

Nun zum Verhältnis der Regierung zu den Parteien! Unter dem, was der Abg. Dr. Behnert gesagt hat, ist viel, dem ich sachlich beitreten kann; eine bestimmte Erklärung der Regierung gegenüber mir in seinen Worten nicht enthalten. Ich möchte nicht provozieren, daß diese Erklärung erfolgt; in einem Punkt wäre sie erlaubt: bei der Brautsteuer. Behnert hat gesagt, daß durch sie ein großer Teil des Defizits gedeckt wäre. Er möchte an das Zentrum die Bitte richten, zur Löschung dieser Frage rasch heranzutreten. Er sei überzeugt, daß man auch im Zentrum die Überzeugung habe, daß diese Frage endlich zur Lösung kommen muß.

(Sehr gut bei der Sozialdemokratie! Heiterkeit.) Die Sache ist eine sehr ernste und verträgt kein Lachen.

Die Lage ist ernst. Die Regierung ist überzeugt, daß im Zusammenwirken der Parteien die Geschäfte des Landtags zum Wohle des Vaterlandes gereichen.

Präsident Rohrburk: Die Heiterkeit sei nicht auf die Worte des Ministers, sondern wegen des lauten Sehr gut erfolgt.

Nachdem in persönlichen Bemerkungen Abg. Dr. Schöfer einen persönlichen Angriff Holz wegen Artikel in der "Tagespost" zurückgewiesen und Holz kurz erwiderte wird die Weiterberatung auf morgen nachmittag 3½ Uhr vertagt. Am Freitag beginnt die Sitzung vormittags 9 Uhr.

Schluss 7½ Uhr.

## Soziales.

Aus der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung! Ein "Correspondenzblatt" der sozialdemokratischen Gewerkschaften Nr. 1 ist eine Adressenheftung beigelegt. Nach derzeit gibt es in den verschiedenen Ländern 22 gewerkschaftliche Landeszentralen, deren internationaler Sekretär C. Legien-Berlin ist. Nach den veröffentlichten Adressen zu urteilen, sind in Deutschland 59 sozialdemokratische gewerkschaftliche Zentralverbände vorhanden. Agitationskommissionen werden 19 Städte aufgeführt. An sozialdemokratischen Arbeiterselbstverwaltungen zählt man 114 und an sozialdemokratischen Gewerkschaftszentralen 679. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der ganze sozialdemokratische Partei-Agitationssapparat den sogenannten "freien" Gewerkschaften zur Seite steht. Es wäre deshalb verfehlt, wenn in nichtsozialdemokratischen Kreisen eine derartige Bewegung unterschätzt würde.

## Eruenungen, Versekungen, Zuruhselzungen.

### Geschäftsstellen II bis K.

Aus dem Bereich des Großherzogtums Baden:

der Justiz, des Kultus und Unterrichts.

Bereit: die Amtsgerichte: Öster. Liebermann beim Amtsgericht I in Karlsruhe zum Amtsgefangnis II dafolst und Konrad Wibber zum Amtsgefangnis II Karlsruhe zum Amtsgericht I dafolst.

Übertragen: dem Altar Ernst Süddale beim Amtsgericht Donaueschingen eine Kanzleigehilfenscheine beim Notariat Elzach.

Beamteneigenschaft verliehen: dem Diener am physikalischen Institut der Universität Freiburg Martin Walter und dem Laboratoriumsdienst Andreas Schneid bei der chirurgischen Klinik der Universität Heidelberg.

Aus dem Bereich des Großherzogtums des Innern.

Ernannt: Hilfsdiener Hermann Götz beim Großherzogtum als Kanzleidiener.

Zugefügt: Revisionsgerichtsbeamter Julius Schweizer in Heidelberg dem Bezirksamt Schwetzingen zur Aussöhnung.

Zurubegleitet: Schuhmann Wilhelm Hirsch in Karlsruhe.

Entlassen: Schuhmann Gustav Beder in Mannheim.

Großherzogtum Baden:

Ernannt: Hilfsdiener Elise Nodel, Wärterin bei der Heil- und Pflegeanstalt Alzenau.

Die Beamteneigenschaft verliehen: den Wärtern: Karl Staub, bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen, Heinrich Debatin bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch;

den Wärterinnen: Sophie Wittel und Marie Kühs, beide bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Emmendingen, Emma Allendorf, Sophie Böhmle, Anna Elisabeth Böller, Juliane Förster, Johanna Frank, Cäcilie Greger, Karoline Holzwarth, Barbara Keller, Friederike Langenstein, Magdalene Mader, Katharina Schäfer, sämtliche bei der Heil- und Pflegeanstalt bei Wiesloch.

Aus dem Bereich des Großherzogtums der Finanzen.

Übertragen: dem Finanzassistenten Joseph Kreuzler in Baden ein Gesellenschein beim Steuerkonsistorialamt Heidelberg.

Ernannt: der Steuerbot Joseph Meier in Karlsruhe zum Kassenreiter beim Finanzamt Offenburg.

Entlassen auf Ansuchen: die Unterrevisorin: Eduard Hilpert in Unteralfingen, Andreas Urban in Weissenheim.

Aus dem Bereich der Großherzogtum Baden:

Die Beamteneigenschaft verliehen: dem Geizer Otto Schmitt bei der Oberrechnungskammer.

## Kleine badische Chronik.

E. Karlsruhe, 8. Jan. (Strafammer I.) Zwei Verurteilungen in den Anklagefällen gegen den Bürger Georg Rütsch aus Oberholzbad wegen Unterschlupfung und gegen den Schlosser Christian August Stein aus Elmendingen wegen Sachbeschädigung wurden verworfen, da die Angeklagten zur Verhandlung nicht erschienen waren.

Ein rücksichtiger Dieb wurde in der Person des 27 Jahre alten J. schon mehrfach bestraften Taglöhners Ludwig Heidelberg in die Anklagefalle geführt. Er mußte sich wegen mehrerer hier vorübergehender Diebstähle verantworten. In der Nacht vom 12. auf 13. November batte sich der Angeklagte in den Lagerplatz des Lebensbedarfvereins beim Bahnhof eingebuschten und dort 1 Zentner Butter entwendet, die er anderen Tags für 2 M. verkaufte. Am Abend des 16. November verhaftete sich Beder im Keller des Hauses Waldhornstraße 60 und wartete dort bis alles zur Ruhe gegangen war. Als er annehmen konnte, daß er von seinem Verbohner gefördert und überzahlt werden würde, erbrach er mit einem Peile den Zugang zu der im gleichen Hause befindlichen Wirtschaft und stahl aus dem Wirtschaftslokal eine Flasche Wein, drei Pfund Fleisch, eine Flasche Schnaps, Würfe, einen Geldbeutel und noch verschiedene andere Gegenstände im Gesamtwert von 15 M. Ganz auf die gleiche Weise verübt der Angeklagte in der Nacht vom 21. auf 22. November einen Einbruchsdiebstahl in der Gaststätte Führerstraße 16. Dort eignete er sich aus dem Wirtschaftsbauhof ein Stück Schinkenstück, mehrere Schweinskipphen, eine Salamiwurst, einen Speigel, Spielmarken, den Geldbetrag von 1 M. und eine Flasche Wogenwein an. Als Beder mit seiner Beute sich davon machen wollte, fand er die Haustüre verschlossen. Er schrie deshalb in das Wirtschaftslokal zurück und wollte dort warten, bis in der Frühe das Haus geöffnet und sich ihm die Gelegenheit, umgebenen hinauszutunnen, bietet würde. Das Wirtschaftslokal vertrieb dem Einbrecher lange Weile und so vertrieb er sich die Zeit mit dem "Wogenwein". Er trank die

Flasche leer. Der offenbar recht starke Schnaps hatte die Wirkung, daß Beder in einem tiefen Schlaf versank, aus dem er auch nicht erwachte, als morgens die Wirtschaft wieder geöffnet wurde. Man rief die Polizei herbei, die den Dieb jäh aus seinen Träumen riss und ihn in sicherer Gewahrsam nahm. In der heutigen Verhandlung war der Angeklagte in vollem Umfang geständigt, jedoch auf die Einnahme von Zeugen verzichtet werden konnte. Das Gericht erkannte unter Anerkennung von 1 Monat Untersuchungshaft auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Die Verurteilung, die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Die Verurteilung der Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. Gegen diese Entscheidung退屈したるを返すと、彼は即ち判決を不服するが、その理由は、この事件が公の利益に及ぼす影響が大きすぎたためだ。

Die Verhandlung der Anklagefälle gegen die Kellnerin Franziska Kästel aus Forchheim, die das hiesige Schöffengericht wegen Gewerkschafts- und Füllung eines falschen Namens zu 1 Monat Haft, 2 Wochen Gefängnis und zur Überwachung an die Landespolizeibehörde verurteilt hatte, wurde sofortig auf 2 Jahre Gefängnis und 5 Jahre Überwurf.

Vom hiesigen Schöffengericht erhielt der Tagthöher Otto Matthias Götz aus Oberbärenz am 20. Oktober wegen Sachbeschädigung 4 Wochen Gefängnis. G